

mitte drin

Ausgabe 05 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Steve Rauhut – Unser Kandidat für die Bundestagswahl 2017 im Porträt

In einer Hafenstadt wie Hamburg müssen Nationalismus, Abschottung und die rechtspopulistische Ablehnung anderer Kulturen geradezu widersinnig erscheinen.

Das Internationale, Grenzüberschreitende, Weltumspannende gehört zur DNA dieser Stadt, liegt quasi in der Luft, wie der Geruch von Hering auf dem Fischmarkt. Steve Rauhut ist in Hamburg geboren und großgeworden. Das Einkommen des Vaters ließ für die neunköpfige Familie keine großen Sprünge zu. Schon früh begeistert sich Rauhut für Naturwissenschaften. Er studiert Flugzeugbau und wird Ingenieur. „Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig Bildungschancen unabhängig von sozialer Herkunft sind.“ Es folgt eine steile Karriere bei einem großen deutschen Luftfahrtunternehmen, wo er in leitender Position kaufmännische Prozesse entwickelt und optimiert. Auf seinen zahlreichen Dienstreisen kommt Rauhut in Kontakt mit Menschen verschiedenster Nationen. Eine absolut prägende Zeit für ihn: „Ich bin Inter-



Foto: gezett

Steve Rauhut

nationalist und überzeugt, dass die Zukunft nur im Miteinander der Kulturen liegt.“ Auch seinen Mitarbeiter*innen vermittelt Rauhut

ein lösungsorientiertes Denken und bestärkt sie darin, ihre Potentiale zu erkennen. Im Jahr 2004 folgt eine bemerkenswerte Wendung: als gläubiger Mensch entscheidet sich Rauhut, mit einem Theologie-Studium noch einmal ganz neu anzufangen.

Wirtschaftskompetenz und christlicher Glaube – seit 2009 laufen diese beiden Lebenslinien Steve Rauhuts in seinem Engagement für den Refo Konvent Moabit zusammen, einem Modellprojekt der Evangelischen Kirche, dessen Baumaßnahmen er seit 2015 als Geschäftsführer vorsteht. Von einem stillgelegten Kirchenareal zu einem lebendigen Begegnungsort: Einheit in Vielfalt und ein Miteinander der Kulturen sind Leitgedanken des Konvents, die sich in aktiver Flüchtlingshilfe und einer Vernetzung mit zahlreichen Kiezinitiativen widerspiegeln.

Steve Rauhut war federführend bei der Entwicklung eines Finanzkonzepts für den

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Immer mehr Obdachlose – wer kümmert sich um die?

Die kältesten Tage dieses Frühjahrs haben wir wohl hinter uns. Menschen ohne Dach über dem Kopf, schlafend in einem Häuserwinkel, auf einer Parkbank, in einem U-Bahn-Eingang, sind aus dem Blickfeld. Aber Orlando El Mondry weiß, es gibt sie noch.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Steigende Mieten verdrängen Mieter aus ihrem Kiez.

Was muss dagegen getan werden? Die Berliner Koalition handelt, forciert Neubauprojekte, vereinbart mit den öffentlichen Wohnungsunternehmen, dass Mieterhöhung nicht über zwei Prozent jährlich liegen. Der Wind hat sich gedreht, meint Tobias Schulze.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Wie bekommst Du zuverlässig eine gute Abiturnote?

Am einfachsten vielleicht, wenn Du den Schultresor knackst, der die kniffligen Aufgaben sicher verwahrt. Das dachten sich unerkannte Strolche eines Stuttgarter Gymnasiums. Arthur Paul erkannte in dem schändlichen Akt eine gesellschaftliche Tendenz.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

„Wissen, was läuft“

Montag, 29.05., 19 Uhr, im Karl-Liebknecht-Haus (Kleine Alexanderstr. 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz), Saal 1

Dr. Sandra Obermeyer, Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste und Tobias Schulze, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Sprecher für Wissenschaft, Forschung und Netzpolitik berichten über ihre Arbeit und wollen mit euch ins Gespräch kommen!

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Ist das Kunst oder kann das weg?

Berliner Ordnungsämter sagen: Das kann weg! Ich denke auch nicht, dass es Kunst ist, aber ich glaube, es ist wertvoll. Objekte schöpferischer Kraft. Nicht von Giacometti oder Beuys.

Es sind Menschen - Echos des Fühlens, wahrheitsgetreu, zurückhaltend und übersteigert. Lebende Wesen, die der Not ausgesetzt sind, brauchen eine Schutzhaut und niemand wirft es der Haut vor, dass sie nicht das Herz ist. Dennoch scheinen es manche Politiker den Bildern zu verübeln, dass sie nicht die Dinge selbst, und den Worten, dass sie nicht die Gefühle sind. Worte und Bilder gleichen Schalen: Sie sind ebenso Bestandteile der Natur wie die Substanzen, die sie umhüllen, nur wenden sie sich stärker an das Auge und liegen offener zutage. Ich behaupte nicht, dass die Substanz um der Worte willen, die Gesichter um der Bilder willen oder die Not um der Tugend willen da seien. In der Natur geschieht nichts um eines anderen willen. Diese Zustände und Hervorbringungen der Obdachlosigkeit sind nicht gezwungenermaßen in das Dasein einbezogen. Es wird so

viel entsorgt und über Entsorgung geredet. Doch diese Sorgen werden wir damit nicht los. Deshalb sage ich: Das darf nicht weg, kann nicht entsorgt werden!

Ich engagiere mich ehrenamtlich in der Obdachlosenhilfe der Bahnmissionsmission Berlin Zoologischer Garten. Hier sehe ich wachsendes menschliches Elend und Leid; Menschen sterben und verfaulen vor meinen und den Augen anderer, oft ohnmächtiger, ehren- und hauptamtlicher Helfer. Und täglich werden es mehr. Hier erwarte ich konkretes, energisches und gewolltes Handeln der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft. Es geht nicht um Biomasse ohne Obdach, sondern um Gottes wertvolle Geschöpfe. Es braucht endlich radikale Männer und Frauen an den Schaltstellen der Macht, die bereit sind – auch gegen Widerstände – das zu tun, was getan werden muss: Mittel (Gelder) für Unterkünfte, Krankenhausbetten, Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter, Streetworker, Seelsorger, Krankenpfleger etc. bereitzustellen. Es geht nicht darum, sich selbst, sondern dem Leben ein Denkmal zu setzen. **Orlando El Mondry**



Nicht entsorgen, aber verhindern Foto: O. El Mondry

Die Linke - Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Blick aus dem Amt

Familienfreundlicher Bezirk Mitte

Was macht einen Bezirk familienfreundlich?

Ausreichend Kitaplätze, genügend Spielflächen in gutem Zustand, genügend Beratungs- und Unterstützungsangebote für alle Eltern, insbesondere „frischgebackene“ Eltern, Eltern, deren Kinder besonderen Unterstützungsbedarf haben oder die selbst besonderer Unterstützung bedürfen, Freizeitangebote für Familien, v.a. auch kostenfreie tragen zur Familienfreundlichkeit eines Bezirkes bei.

Mitte hat viele tolle Kitas, Familienzentren mit Angeboten für ganz unterschiedliche Eltern, Erziehungs- und Familienberatung, Frühe Hilfen, die Eltern und ihre Kinder tatsächlich frühzeitig begleiten, Ferienangebote für Familien mit wenig Geld. Was fehlt also?

Im Grunde vor allem: mehr davon, um eine flächendeckende soziale Infrastruktur für Familien zu schaffen, denn Familienförderung richtet sich an alle Eltern und Kinder. Gleichzeitig sind solche Orte, die niedrigschwellige, auch kostengünstige Angebote und Beratung, z.B. zu Gesundheit und Ernährung, vorhalten ein

wichtiger Baustein im Kampf gegen Familien- und Kinderarmut. So sollte jede Bezirksregion einen Anlaufpunkt für Familien haben, in dem Angebote, Beratung und Freizeitgestaltung stattfinden können. Die bestehenden Familienzentren sollten daher zunächst so finanziert werden, dass sie diese Funktion in aller Fachlichkeit inkl. Netzwerkarbeiten ausfüllen können. Darüber hinaus könnten Eltern Beratung und Information rund um Themen wie etwa Kita, Tagespflege, besondere Förderbedarfe, Kindergesundheit, Freizeitangebote, aber auch Schule in einem Familienbüro angeboten werden. Dies könnte an einem Familien- oder Stadtteilzentrum o.ä. angesiedelt sein und macht Informationen für Eltern leichter zugänglich als z. B. ein Besuch im Jugendamt oder eigene Recherche. Daher sieht der Koalitionsvertrag Familienservicebüros als weiteren Baustein der Familienfreundlichkeit vor. Was folgt für den Bezirk daraus?

Das Bezirksamt Mitte hat sich den Kitausbau für 2017 als besonderes Ziel ge-



Dr. Sandra Obermeyer Foto: Rico Prauss

setzt und wird weiter daran arbeiten, dass jedes Kind in Mitte frühzeitig Zugang zu frühkindlicher Bildung erhält und also neue Kitas gebaut und bestehende erweitert werden. Mit der Haushaltsplanung für 2018/19 besteht zudem die Möglichkeit, Unterstützungs-, Beratungs- und Serviceangebote für Familien in Mitte besser auszustatten und zu verankern. Nicht zuletzt gehört ein starkes Jugendamt mit ausreichend Personal zu einem familienfreundlichen Bezirk. Diese Chance ist im Sinne eines familienfreundlichen Bezirks Mitte zu nutzen.

Sandra Obermeyer, Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

Der Armut und Obdachlosigkeit entgegentreten

Mein Amtsantritt im Dezember fiel in die Zeit der Kältehilfe. Mit diesem Programm werden in den Wintermonaten Schlafplätze für Obdachlose eingerichtet, um sie vor dem Kältetod zu bewahren.

Allerdings gab es Ende 2016 noch nicht ausreichend Plätze. Es musste sofort gehandelt werden. Zum Glück gelang es uns schnell, 100 weitere Plätze einzurichten. Obdachlose benötigen ganzjährig Unterstützung und Hilfe und deshalb haben wir damit begonnen, das Konzept der Wohnungslosenhilfe zu überarbeiten und werden es noch vor der Sommerpause zur Diskussion stellen. Dabei geht es auch darum, Wohnungslosigkeit zu verhindern.

Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie ihre Miete zahlen sollen und günstigeren Wohnraum finden sie nicht. Besonders unter Druck geraten die mehr als 280.000 Berliner*innen, die von staatlichen Leistungen leben müssen. Wir werden bis zum nächsten Jahr die Aufwendungsverordnung Wohnen, die die Wohnkosten für Menschen im Transferleistungsbezug regelt, überarbeiten und dem Wohnungsmarkt anpassen. Damit flankieren wir die Wohnungspolitik von Rot-Rot-Grün, deren Ziel die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum für alle ist.

Auch die Geflüchteten benötigen Wohnraum. Wir haben es geschafft, bis Ende März alle Turnhallen freizuziehen. Sie werden nun hergerichtet und stehen damit wieder dem Sport zur Verfügung. Die Flüchtlinge leben nun zwar in besseren Unterkünften, aber auch sie benötigen Wohnungen. Dies ist, neben dem Zugang zu Arbeit und Ausbildung, eine zentrale Voraussetzung, damit sie sich hier eine Lebensperspektive aufbauen können. Wir werden ein Gesamtkonzept für die Partizipation und Integration geflüchteter Menschen vorlegen und dies mit den unterschiedlichen Akteur*innen abstimmen. Zentral dabei ist die Stärkung der bezirklichen Strukturen, denn hier leben die Geflüchteten, hier finden sie

Unterstützung und hier muss die Infrastruktur für alle ausgebaut werden.

Wir wollen der Armut in Berlin entgegen-treten. Besonders viele Kinder sind von Armut bedroht und auch deshalb steht für uns gute Arbeit im Vordergrund. Wir wollen die Tarifbindung stärken und über das Vergabegesetz prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen. Den Landesmindestlohn wollen wir anheben und die notwendige Abstimmung dafür ist auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig werden wir die Beratung und Unterstützung für Menschen, die von Armut betroffen sind, verbessern und absichern. Mit der Senkung des Preises für das Sozialticket von 36 Euro auf 27 Euro zum 1. Juli hat der Senat die Mobilität für Menschen mit z.B. Arbeitslosengeld II verbessert.

Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre und nicht alles lässt sich sofort umsetzen. Wir möchten die Inklusion in Berlin voranbringen und werden, gemeinsam mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderung,



Elke Breitenbach

die behindertenpolitischen Leitlinien konkretisieren und mit ihrer Umsetzung beginnen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen wird ein langer Prozess sein, aber Rot-Rot-Grün will diesen Prozess voranbringen und vieles ist im Koalitionsvertrag dazu vereinbart.

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Lesen gegen das Vergessen auf dem Berliner Bebelplatz am 10. Mai 2017, 17 bis 19 Uhr

Die Geschichte wird von rechten Parteien neu erfunden. Dabei spielen historische Fakten immer weniger eine Rolle. Das ist ein gefährlicher Trend. Wer nicht will, dass sich Geschichte wiederholt, der muss die Gegenwart verändern. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam ein Zeichen gegen Geschichtsfälschung setzen. Wir wollen an Schriftstellerinnen und Schriftsteller erinnern, deren Bücher am 10. Mai 1933 in 22 deutschen Universitätsstädten – beginnend auf dem heutigen Bebelplatz in Berlin – öffentlich verbrannt wurden. Das wollen wir nicht vergessen.

DIE LINKE und die Europäische Union

**Die Politik der
Linksfraktion im
Europäischen Parlament**
EU – Rüstungspläne – Türkei –
soziale Gerechtigkeit in Europa

Die Abgeordnete im Europäischen
Parlament **Martina Michels** (DIE
LINKE) informiert und beantwortet
Fragen

**am Dienstag, 23. Mai 2017
18.30 Uhr,
im Karl-Liebknecht-Haus,
Saal 3**

Fortsetzung von Seite 1: **Steve Rauhut – Unser Kandidat für die Bundestagswahl 2017 im Porträt**

wirtschaftlich eigenverantwortlichen und solidarischen Betrieb des Reformations-Campus, der zu einem Erbbaurechtsvertrag über 99 Jahre geführt hat. Dazu gehört die Vollsanie- rung und Vermietung eines sechsstöckigen Mietshauses auf dem Areal zu sozialverträglichen Mieten, die vorbildlich sind. Als Experte weiß Rauhut sehr genau zu unterscheiden zwischen echten Finanzierungsproblemen im Wohnungsbau und fehlendem politischem Willen bzw. den Exzessen privatwirtschaftlichen

Gewinnstrebens: „Meine feste Überzeugung: Wohnen ist ein Grundrecht, das gesetzlich verankert werden muss.“

Aus der freien Wirtschaft in die kirchliche Arbeit: mit zehnmal weniger Gehalt und zehnmal mehr innerer Befriedigung arbeitet Steve Rauhut gemeinsam mit den anderen Konventsmitgliedern an der Zukunftsvision einer solidarischen, chancengleichen, von einer Willkommenskultur getragenen Gesellschaft. In diesem unbedingten Streben

nach Teilhabe- und Beteiligungsgerechtigkeit, seinem Lebensthema wie er sagt, liegt auch der Schlüssel zu Steve Rauhuts politischem Engagement bei den LINKEN. „Nur in dieser Partei sehe ich eine Politik, die den christlichen Werten des Teilens, der Nächstenliebe und der Friedfertigkeit entspricht.“ Steve Rauhut, beste Wahl für alle, die etwas bewegen möchten in Mitte, im Bundesland Berlin, in Deutschland.

Burkhard Oelmann

Menschen in Mitte

Ramona Reiser: Als Theaterwissenschaftlerin bei den Bahnhofsmissionen und in der BVV

Die sichtbar wachsende Zahl von Obdachlosen in Berlin und anderen Großstädten beunruhigt Ramona Reiser zunehmend.

Sie spürt den sozialen Verfall persönlich, arbeitet die 31-jährige doch seit Jahren ehrenamtlich in der Bahnhofsmission im Berliner Hauptbahnhof, seit 2016 hauptamtlich in der Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmissionen Deutschlands.

„Dabei wird das Problem in der Mischung aus sozialen Schwierigkeiten, Sucht und psychischen oder physischen Erkrankungen immer komplexer. Bisher haben die zuständigen Ämter einfach versagt.“ kritisiert sie. „Allein Notunterkünfte und einmalige Akuthilfen genügen nicht. Unsere linke Sozialsenatorin Elke Breitenbach hat es aber jetzt in die Hand genommen.“

Ramona Reiser stehen aber nicht nur die Wohnungslosen nahe, sie setzt sich als Verordnete der Linksfraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte für soziale Infrastrukturen ein. In dem Gremium ist sie jugendpolitische Sprecherin, Vorsitzende des Sportausschusses und Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultur. „Im Moment sitze ich über Antragsentwürfen für bessere Rahmenbedingungen zum Ausbau von Kitas und ich bereite meinen nächsten Sportausschuss vor. Wichtiges Thema ist dabei, wie Sportstätten vor dem Hintergrund der Verdichtung in Berlin erhalten und weiter ausgebaut werden können.“

Dabei ist die schwarzhäufige zierliche Frau eigentlich Theaterwissenschaftlerin. 1985 in Villingen im Schwarzwald geboren, im benachbarten Weiler aufgewachsen, absolvierte sie in Königsfeld das Abitur. „Dann zog es mich nach Berlin und zum Studium der Theaterwissenschaft und Kunstgeschichte an der Freien Universität.“ Mit dem Master in der Tasche wollte sie gerne promovieren und Dramaturgin werden. „Ich arbeitete als Hospitantin und als Assistentin, unter anderem an der Volksbühne, am Berliner Ensemble, an der Schaubühne und an zwei Theatern in Schweden, aber eine Festanstellung ergab sich nie.“ Sie erteilte Klavierunterricht, wirkte als Ghostwriterin, betätigte sich in Galerien.



Ramona Reiser

Jetzt widmet sich Ramona Reiser dem Personal und den Finanzen, verwaltet die Spenden und bearbeitet die Förderanträge der mehr als 100 Bahnhofsmissionen in Deutschland. „Während all der Zeit spürte ich, dass DIE LINKE am konsequentesten die Gerechtigkeit im Lande verteidigt und eine soziale Politik vertritt.“ 2014 wurde sie ihr Mitglied. Seit einem Jahr ist sie Sprecherin der Peaceful Streetfighters, der aktiven Gruppierung junger Genoss*innen in Mitte. In ihrer Freizeit ist sie Fan der „Eisbären“, geht zu den Wettkämpfen der Eishockeymannschaft in der Mercedes-Benz-Arena. „Neben dem Sport und der Fankultur begeistert mich das soziale Engagement des Vereins. Beim diesjährigen Kältebus-Aktionstag haben wir 2.600 Euro und sieben Tonnen Sach- und Kleiderspenden für den Kältebus der Berliner Stadtmission gesammelt.“

Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Bei anderen gelesen► **Die EU muss neu gestaltet, aber gerettet werden**

„In einer Zeit, in der die Welt durcheinandergerät, die Karten einer neuen Weltordnung neu gemischt werden, wird Europa wirtschaftlich und politisch nur Einfluss ausüben können, wenn es beisammen bleibt. Wenn nicht, droht die Wiederkehr längst überwunden geglaubter Konflikte und Kriege. Deshalb muss die EU neu gestaltet, aber gerettet werden“ sagt Gregor Gysi.

„SUPERillu“, 30.03.2017

► **Kein Frieden mit dem Krieg**

Wer für eine Aufrüstung wirbt, hat die Schrecken des Krieges vergessen. Der Krieg beginnt nicht mit dem ersten Schuss, er beginnt mit dem Vergessen, dass wir nicht töten sollen. Wir dürfen den Anspruch an uns nicht aufgeben, ein Leben ohne Hass und ohne Gewalt zu führen. Wir schaffen auch nicht alle Ampeln ab, nur weil immer wieder jemand bei Rot weiterfährt. Rüstung tötet auch ohne Krieg, durch Ressourcen-Vernichtung. – Stefan Berg in

„Der Spiegel“ Nr. 15, 08.04.2017

► **Kriegstreiber wie in Washington**

Das Gerede in Deutschland über eine Stärkung der EU und ihrer militärischen Schlagkraft bis hin zur Forderung deutscher Atomwaffen (FAZ, 27.11.2016) zeigt, in Berlin und Brüssel sitzen mindestens ebenso viele Kriegstreiber wie in Washington. – Erhard Crome, Berlin in

„RotFuchs“ Nr. 231, April 2017

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- Zum 98. Gerhard Hiller
- zum 92. Ingeborg Schlag
- zum 89. Irmgard Tinz, Gerhard Hanusch
- zum 88. Ursula Eberhardt,
Lieselotte Meschter
- zum 87. Ruth Claus, Ursula Witt
Annelore Hanusch
- zum 86. Eva Braun, Ingomar Klein,
Horst Rost, Peter Urchs
- zum 84. Manfred Maser
- zum 83. Herbert Schulze
- zum 82. Doris Rabe
- zum 81. Bettina Beissert, Dieter Lupp
Gisela Rademacher
- zum 80. Gerd Schulze
- zum 70. Fritz Schmalzbauer



Kurznachrichten

► Wo ist mein Geld bloß geblieben?

Das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland erreichte 2016 einen Rekordwert. Ende Dezember belief es sich auf 5586 Milliarden Euro. Das ist die Summe von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen und Ansprüchen an Versicherungen. Die Hälfte davon gehört den Superreichen. Die machen aber nur ein Prozent der Bevölkerung aus.

► Über 2 Millionen Jugendliche in Hartz-IV-Familien

Diese Zahl registrierte die Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2016. Die meisten von ihnen – mehr als 1,6 Millionen – waren noch keine 14 Jahre alt. Sie leben in so genannten Bedarfsgemeinschaften (Erwachsene als Alleinerziehende oder Paare mit Kindern). Die Quote der Kinder und Jugendlichen in Hartz-IV-Verhältnissen ist gegenwärtig 14,1 Prozent gegenüber 13,6 Prozent 2015.

► Leipziger Hauptbahnhof im September vier Tage dicht

Die Deutsche Bahn will den wichtigen Verkehrsknotenpunkt für die durchgehende Strecke Berlin-München fit machen. Damit kann die reguläre Fahrzeit auf etwa vier Stunden verkürzt werden. Die Investitionen belaufen sich auf zehn Milliarden Euro.

► Hermes rüstet um auf Elektrotransporter

Der Paketzusteller lieferte 2016 rund 640 Millionen Sendungen aus, zehn Prozent mehr als 2015. Das Unternehmen erwartet weiter wachsende Umsätze und will dazu verstärkt elektrisch betriebene Fahrzeuge nutzen. Im nächsten Jahr sollen in Hamburg und Stuttgart Elektrotransporter Probe laufen. 2020 will das Unternehmen 1.500 Elektrofahrzeuge betreiben.

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.04.2017

Ausgabetag für Nr. 06/2017 – 01.06.2017

Modernisierungsmaßnahmen im Sprengelkiez nach Mieterprotesten gestoppt

Die umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen in der Sprengelstraße 45 und 46 im Wedding sind von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gesobau nach heftigen Mieterprotesten gestoppt worden.



Sprengelstraße 45 und 46 im Wedding

Foto: o. El Mondry

Nicht nur Fassaden, Leitungen und Fenster, sondern auch das Dach, der Keller, die Bäder und in den meisten Wohnungen die Öfen sollten ursprünglich modernisiert bzw. entfernt und durch neue Anlagen ersetzt werden. Einige Mieter hätten für die Zeit der Bauarbeiten sogar in Umsetzwohnungen untergebracht werden müssen.

Die von den zukünftigen Mietpreiserhöhungen betroffenen Mieter im Sprengelkiez fragten sich, was in diesen Häusern eigentlich nicht entweder abgerissen und vollständig erneuert oder mindestens teuer modernisiert werden sollte. Bei einer Veranstaltung des Bezirksamts zum Milieuschutz kam es zu starken Protesten der Betroffenen. Denn der Bezirk hatte ja erst vor kurzem gerade

den Sparrplatz zusammen mit den Quartieren Leopoldplatz und Seestraße ausdrücklich zu Milieuschutzgebieten erklärt! Schließlich sollen die Bewohner dadurch vor Luxusmodernisierung und Verdrängung geschützt werden.

Zu alledem hatte es sich die Gesobau nicht nehmen lassen, auch noch sechs neue Dachgeschosswohnungen samt Einbau eines Aufzugs einzuplanen. „Aufgrund der Vielzahl an Maßnahmen und sehr individuellen Wohnungsausstattungen kam es im Vorfeld der angekündigten Modernisierung zu umfangreichen Rückfragen der Mieter, die bis zum aktuellen Zeitpunkt nicht abschließend geklärt werden konnten“, wurde von der Gesobau jetzt mitgeteilt. In Abstimmung mit dem Bezirk wolle man bis 2019 individuelle sozi-

alverträgliche Lösungen für die Umsetzung der Maßnahmen erarbeiten.

Die Vorgehensweise der Gesobau illustriert ein weiteres Mal, wie wenig die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bei ihrem bisherigen Kurs geeignet sind, auch nur den Forderungen des gegenwärtigen Koalitionsensatzes zu entsprechen. Denn der fordert immerhin, Mieterhöhungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu deckeln. Ginge es nach der Bausenatorin Katrin Lompscher, dürften die Mieten bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in vier Jahren um maximal zwei Prozent jährlich steigen. Künftig sollen maximal sechs Prozent von Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umlagefähig sein.

Rainer Scholz

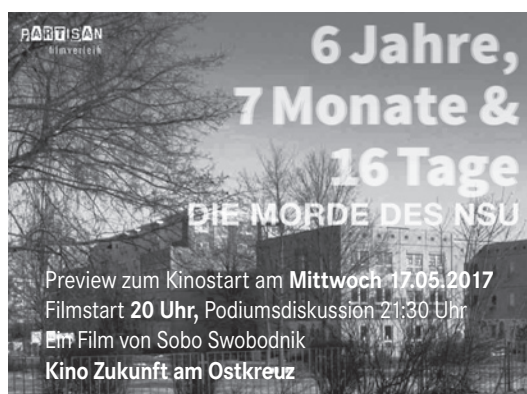


Nachösterlicher Spaziergang

„Wat meene Wenigkeit anjeht“, sagt der Mann, „is’ die Feierei nich’ so mein Ding.“ Ostern ist vorbei, der 1. Mai ist ohne Sonne und kein Arbeiterkampftag, sondern vergängliches Wochenende.

Wehmütig denke ich, wie wir einst nach machtvollen Paraden die raren Kneipen besuchten, in denen Bockwurst mit Kartoffelsalat 1,35 Mark und Bier 51 Pfennig kosteten. DDR-Identität hat auch damit zu tun.

Viele Gegenden sind im nasskalten Frühling ungemütlich, auch die beim ehemaligen Walter-Ulbricht-, später Stadion der Weltjugend, wo jetzt der Amtssitz des BND der Vollendung harrt. Über den soll ein Taxifahrer gesagt haben, das sei „denen ihre Stasi“.



Inzwischen sind die sperrigen Sichtblenden abgebaut, die Chausseestraße hier wegen Tiefbauarbeiten halbwegs für Autos gesperrt, Fahrräder schlängeln an wenigen Fußgängern vorbei. Schrägseitig gegenüber der neuen Zentrale Restaurants, ein schicker Edeka-Markt, Hotels, viel neues Wohnen. Manche Blöcke führen Richtung Osten durch Tore und Durchgänge in lichte Hinterhöfe, zu gepflegtem Grün, kleinen Parkanlagen, Bänken, Skulpturen, Spielplätzen. Dazwischen helle Kästen, meist sechs Stockwerke hoch, für Autos unterkellert. Unsichtbare Bewohner lassen Stühle, Kinderspielzeug und Grill auf Erdgeschossterrassen stehen. Schilder mahnen, das Betreten und Betrachten der privaten Höfe sei nicht erwünscht.

Wer auf den neuen Amtssitz blickt, sieht hinterm Zaun zwei kleine märkische Kiefernhaie. Birken würden den Eindruck sowjetischer Baukunst ukrainischer Machart ungemein verstärken. An der Rückseite des Geheimdienstparadieses zwei hohe Palmen aus Beton, fast wie in Kalifornien. Dahinter steckt kaum die Abteilung Orient. Auf der gesperrten Querstraße sind Fotos militärischer Objekte verboten. Aber bald kann alle Welt entlang der Panke



Baustellenwirrwarr in der Innenstadt

Palmen, Kameras und Schlitzfenster der Behörde freien Blicks taxieren. Noch bin ich mit den Wildenten allein.

Auch bei uns wird gebuddelt. Nein, sagt der freundliche Bauleiter, kein Bezug zu Bauarbeiten von vor zwei Monaten. Jetzt geht es um Strom. Jede Baustelle, belehrt er mich, dient ihrem eigenen Zweck. Darum schaufeln und schippen sie wohl auch feiertags, denn schließlich gilt: „Wir bauen auf, wir reißen nieder, Arbeit gibt es immer wieder.“

Irene Runge

Bezirkskulturfonds 2017: Zehn Projekte für Berlins Mitte

Seit 2003 vergibt der Bezirk Mitte alljährlich Gelder aus dem Bezirkskulturfonds, um die kulturelle Infrastruktur im Bezirk zu stärken und die Vernetzung der ansässigen Kultureinrichtungen zu unterstützen. Ende Januar tagte wieder eine fünfköpfige Jury aus Kunst und Kulturverwaltung, um Projekte zu prämiieren, die sich wegen ihrer Impulse für die Kultur im Bezirk und ihrer Relevanz für aktuelle Diskurse in Berlin für eine Förderung qualifiziert hatten. Zehn Anträge wurden ausgewählt und für eine Förderung in Höhe von insgesamt über 56.000 Euro an die Senatsverwaltung für Kultur und Europa empfohlen.

Zu den geförderten Projekten zählt unter anderem die Installation „Projektor - Baukasten für eine imaginäre Stadt“. Die Künstlerin Anke Westermann befasst sich in Form von Interventionen im Stadtraum mit der sozialen Konstruktion des Städtischen, dem Wegfall öffentlicher Flächen und der zunehmenden Einschränkung der Möglichkeitsräume für

innovative und unkommerzielle Entwicklungen, die für die Identität Berlins so wichtig sind. Auf dem landeseigenen Grundstück zwischen Linienstraße, Zolastraße und Torstraße, das lange drohte, an private Investoren verkauft zu werden, wird ein symbolischer „Neubau“ aus Holz und Neonröhren errichtet; ergänzend werden Grafiken verschiedener Berliner KünstlerInnen auf die Brandmauer eines anliegenden Hauses projiziert. „Projektor“ versteht sich als ein modulares Baukastensystem, mit dem die BesucherInnen modellhaft mit dem „Weiterbauen“ der Stadt experimentieren können. Ergänzend sind zwischen 15. und 18. Juni offene Diskussionsrunden mit Fachleuten, AnwohnerInnen und PolitikerInnen geplant.

Die ökonomische Durchdringung der Gesellschaft und die Suche nach Alternativen wird auch in dem Vorhaben „Spectre of Capital“ des Kollektivs „Cherry Z. Guggenheim Museum“ thematisiert. Vom 21. April bis 5. Mai wurden die Tresorräume der Alten Mün-



(Foto: Anke Westermann)

Ausgezeichnet wurde auch die Installation „Projektor“

ze zum Schauplatz eines 3D-Hörspiels, das der Frage nachgeht, wie sich ökonomisches Denken in Körpern, Sprache und menschlichen Beziehungen manifestiert, und nach Elementen sucht, die sich der Anpassung an die kapitalistische Logik entziehen.

Informationen zu allen geförderten Projekten sind auf der Webseite des Bezirksamtes zu finden.

Markus Wollina

Aus dem Abgeordnetenhaus

Neuer Wind bei den öffentlichen Wohnungsunternehmen

Das Problem schnell steigender Mieten und damit der Verdrängung ganzer Bevölkerungsteile aus der Stadt ist der bedeutendste stadtpolitische Konflikt dieser Tage.

Die öffentlichen Wohnungsbestände spielen beim Umgang mit diesem Problem eine Schlüsselrolle.

Die öffentlichen Wohnungsunternehmen waren spätestens seit dem Mauerfall ins Visier der Haushaltspolitiker verschiedenster Couleur gerückt. In den 90er Jahren wurden sie zur Melkkuh für aus dem Ruder gelaufene Landeshaushalte und in Schulden gestürzt. In den 2000-er Jahren wurde dann in den Zeiten des entspannten Wohnungsmarktes eine ganze hoch verschuldete Wohnungsbaugesellschaft verkauft. Ein Fehler, wie heute alle feststellen müssen.

Rot-Schwarz setzte dann auf massiven Neubau von Wohnungen, auch bei den städtischen Gesellschaften. Erreicht wurde dieser partiell, eine mietendämpfende Wirkung konnte sich allerdings auf Grund des starken Wachstums der Berliner Bevölkerung dadurch nicht einstellen.

Die neue Koalition und dabei besonders

die Senatorin für Wohnen, Katrin Lompscher, haben sich vorgenommen, die öffentlichen Wohnungen für die Mietendämpfung zu nutzen. Dazu hat der Senat mit den Unternehmen eine neue Vereinbarung verhandelt, die Anfang April unterzeichnet wurde. Zum einen sollen danach die Mieten im Bestand nicht mehr als zwei Prozent im Jahr steigen, zum anderen dürfen Modernisierungskosten nur noch mit sechs Prozent im Jahr umgelegt werden. Für viele Mieterinnen und Mieter hat diese Vereinbarung einen ganz greifbaren Nutzen, denn bereits versendete Mieterhöhungs- und Modernisierungsbescheide werden nun zurückgezogen. Auch in meinem Wahlkreis in Wedding und Gesundbrunnen können wir Mieterinnen und Mietern, die sich an uns wandten, Hoffnung machen: diese Mieterhöhungs- oder Modernisierungsbescheide, die diese in den vergangenen Monaten bekommen hatten, sind nicht mehr gültig – etwa bei Häusern der GESOBAU in der Sparr- und der Sprengelstraße.

Aber auch bei Neubauprojekten der Städtischen, die weiter forciert werden, hat sich der Wind gedreht: so hatte ich den Senat gemeinsam mit meiner SPD-Kollegin Maja Lasić beim



Tobias Schulze

degewo-Neubau an der Usedomer Straße um eine Erhöhung des Wohnungsanteils mit niedrigeren Mieten von jetzt 26 Prozent gebeten. Auch hier wird es trotz des fortgeschrittenen Baustadiums eine Erhöhung geben.

Dieser Paradigmenwechsel ist nicht einfach und stößt auf Widerstände. Kalkulationen müssen umgeworfen und Mentalitäten verändert werden. Aber wir wissen, dass diese Koalition und besonders DIE LINKE an Erfolgen bei einer sozialen Wohnungs- und Mietenpolitik gemessen wird. Zu Recht.

Tobias Schulze, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

In der Friedensfrage nicht müde werden!

Die beschlossene Aufrüstung der Bundeswehr im Rahmen von EU („Global Strategy“) und NATO und die damit einhergehende Militarisierung Deutschlands machen die Frage nach einer sinnvollen friedenspolitischen Position für die Partei DIE LINKE dringend.

So die einhellige Meinung der Mitglieder und Gäste, die am 14. März zu einer Diskussion unter dem Titel „Stell Dir vor es ist Krieg, und Du musst hin...“ zusammenkamen. Die Basisorganisationen 378 aus Berlin-Mitte um Gretchen Binus und Stephan Jegielka und die BO „Roter Wedding“ hatten ins Karl-Liebknecht-Haus eingeladen. Die Gesprächsatmosphäre war sachlich, doch Beunruhigung in den Wortmeldungen zu verspüren. Zum Beispiel darüber, dass die Frage nach Frieden in Zeiten von Aufrüstung nicht den vordersten, sondern den letzten Platz im Programmwurf der LINKEN einnimmt. Moderiert und eingeleitet von Franziska Lindner (Referentin für Menschenrechte im Deutschen Bundestag, BO

„Roter Wedding“) hob Alexander Neu (MdB, Obmann im Verteidigungsausschuss) den Zusammenhang von Militarisierung, kapitalistischer internationaler Konkurrenz und sozialer Frage in vielen Beispielen hervor. Die Partei müsse wachsam sein, damit friedenspolitische Positionen nicht für einige sozialpolitische Konzessionen aufgegeben werden. Denn die Friedensfrage sei mit der sozialen Frage vielfach verbunden. Die in den Krieg und seiner Androhung investierten Milliarden fehlen in der Armenhauptstadt, deren Bewohnerinnen und Bewohner auch in Berlin-Mitte mit Werbekampagnen der Bundeswehr traktiert werden. Über die Kriegseintrittsgründe, die erfundenen und tatsächlichen, die Folgen der militärischen Interventionen, Tod und Zerstörung in den letzten und aktuellen Kriegen – von Jugoslawien über Afghanistan zu Syrien – darüber schweigen die Plakate. Wird DIE LINKE die Gründe dieser Kriege offen aussprechen und gemeinsam mit allen dafür bereiten gesellschaftlichen Gruppen laut gegen sie



MdB Alexander Neu im Gespräch mit Parteimitgliedern und Gästen im Karl-Liebknecht-Haus
(Foto: André Ullmann)

protestieren oder über das außenpolitische Stöckchen springen, das Martin Schulz ihr hinhält?

Frank Voigt

Die Veranstaltung wurde vom Coop Anti-Kriegs-Café (Rochstraße 3) aufgezeichnet und ist im Internet unter www.youtube.com/user/antikriegTV abrufbar.

Das ist das Letzte

Unbekannte Bösewichte sind nachts in ein Stuttgarter Gymnasium eingedrungen, haben einen Tresor geknackt und den versiegelten Umschlag mit den Prüfungsfragen für das Abitur in Mathe und Englisch geöffnet.

Die Täter wollten sich wohl durch gute Noten eine Starthilfe für den Aufstieg in der Marktwirtschaft verschaffen. Nun mussten eilig „Ersatzaufgaben“ für 35.000 Abiturienten in Baden-Württemberg und auch für etwa 10.000 Absolventen in Berlin und Brandenburg beschafft werden. Die Rektoren verurteilen die Spionage als „strafbare Ordnungswidrigkeit“. Klar, aber die Täter haben doch nur die üblichen Tricks dieser Ordnung benutzt:

Wie viele Minister wurden mit „Mogelei“ bei der Doktorarbeit ertappt? Wie viele Steuertricks, Abgaslügen und Schmiergelder haben die Top-Manager am Hut? Das Bescheißen von Staat und Kundschaft gehört doch zu dieser Ordnung! Anders klappt die Bereicherung der Reichen und die Verarmung der Besitzlosen gar nicht. Der jüngste Armutsbericht der Regierung sagt: „10% der deutschen Familien verfügen über 50% des Nettovermögens. 40% der Geringverdiener haben real weniger als Mitte der 90er Jahre.“

Das ist eine Schande und Sprengstoff für dieses reiche Land, wo jedes fünfte Kind in Armut lebt. Nirgends ist die soziale Herkunft so wichtig für die Zukunftschancen wie in Deutschland. Die Einbrecher in Stuttgart haben also nach den Gesetzen der Mathematik und Logik gehandelt. Man sollte ihnen eine Eins geben! Aber nun finden Sie mal einen Richter, der das bestätigt und der verkorksten Bildungspolitik eine Sechs gibt. Hier kann jeder Landesfürst eigene Lehrbücher und Prüfungsthesen verordnen. Beim PISA-Test hängen wir dann hinten dran. Hier kostet jeder Soldat mehr als eine ganze Klasse von Abiturienten, denn Stärke zählt mehr als Verstand – denkt Trump. „Gott schütze Amerika!“ – und uns. **Arthur Paul**



Mit Elan in den Wahlkampf

Am 24. September sind die Wahlen zum Deutschen Bundestag. Damit DIE LINKE auch in Mitte ein gutes Ergebnis erzielen kann, damit die soziale Gerechtigkeit gestärkt in den Bundestag einzieht, muss der Wahlkampf gut vorbereitet werden.

Bereits im März gab es einen ersten Workshop, in der die Parteibasis ihre Ideen für den Wahlkampf einbringen konnte. Daraus entstanden sind mehrere Arbeitsgruppen, die sich bis zur Wahl mit Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Haustürwahlkampf und anderen Wahlkampfelementen beschäftigen.

Wenn du dich auch in den Wahlkampf einbringen möchtest, dann melde dich am besten bei uns in der Geschäftsstelle im

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 24 00 9336

E-Mail: mitte@die-linke-berlin.de

Damit du **immer auf dem Laufenden** bleibst, kannst du uns auch folgen auf

Facebook @DIELINKE.Berlin.Mitte

Twitter @LinkeBerMitte

Instagram @die_linke_berlin_mitte

Unser Direktkandidat für den Wahlkreis Mitte ist **Steve Rauhut**. Ihm kannst du auch folgen auf

Facebook @steverauhut.info

Twitter @Steve_Rauhut

Instagram @steverauhut

Dort kannst du dich auch für unser **Jugendwahlkampfcamp** an Pfingsten in Blossin anmelden. Dort werden wir vom 2. Juni bis zum 5. Juni unseren Bundestagswahlkampf vorbereiten. Neben politischen Themen gibt es ein buntes Sportprogramm vom Roten Stern Berlin.

<http://roter-stern-berlin.com>



Das Programm wird noch erarbeitet. Wer Lust hat, etwas vorzubereiten und vorzutragen, meldet sich bitte in unserer Geschäftsstelle.

Auf dem Weg zur sozialen EU?

Die Europäische Säule sozialer Rechte

Die **Delegation DIE LINKE**. im Europäischen

Parlament lädt zur **Podiumsdiskussion**

12. Mai 2017 um 11:30 - 14:00 Uhr

Empfang: 11:00 Uhr

Im **Informationsbüro des EU-Parlaments** in Deutschland, Unter den Linden 78, Berlin

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **Linkstreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und **Katharina Mayer** der Linksfraktion in der BVV Berlin Mitte laden ein

zur gegenseitigen Beratung auf Augenhöhe zwischen Bürger*innen, Kiezexpert*innen, Wutbürger*innen, Gutbürger*innen, Politikverdrossenen, Aktivist*innen, Engagierten, ... und Kommunalpolitiker*innen

Ziel ist der Austausch

von drängenden Problemen, kommunalpolitischen Fragen und Antworten, Vernetzung und Mobilisierung und transparenter Politik

JEDEN 2.FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im **LINKSTREFF**

**Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding**